

MITTAGSPOST

Aktuell im Plenum des Bundestags

- Der Bundestag begann seine Plenarsitzung mit einer Debatte über den Gesetzentwurf zum besseren **Schutz von Prostituierten**, zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Kriminalität in dem Milieu. Künftig sollen auch sogenannte Flatrate-Modelle nicht mehr möglich sein und Betreiber von Bordellen müssen Betriebskonzepte vorlegen und sich einer Zuverlässigkeitsprüfung unterziehen.
- **Besseren Schutz von Frauen und Kindern** vor Menschenhandel, Zwangsprostitution und Organentnahme sieht ein Gesetzentwurf vor, der in 1. Lesung beraten wurde.
- Viel Aufregung gab es im Vorfeld wegen der mit großer Zustimmung, einer Gegenstimme, einer Enthaltung aus allen Fraktionen verabschiedeten **Resolution zu Armenien**. Sie erinnert an den Völkermord an den Armeniern und anderer christlichen Minderheiten 1915/1916. Ausdrücklich wird im Text die damals unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches bedauert. Initiativen, die Versöhnung zwischen Armeniern und Türken zum Ziel haben, werden gewürdigt.
- Das **Agrarmarktstrukturgesetz** wird verändert, um eine EU-Verordnung an deutsches Recht anzupassen. Hintergrund sind die schlechten Erzeugerpreise bei der **Milchproduktion**. Der Milchgipfel brachte keine Lösung für die Überproduktion. Es fehlt ein tragfähiges Konzept für langfristige Strategien. Die SPD will Landwirte in ihrer Verhandlungsposition gegenüber den Molkereien stärken und unterstützt Liquiditätshilfen.

Glückwunsch Landesgruppe NRW

Mit viel Prominenz unter den Gästen feierte die Landesgruppe NRW ihr 50-jähriges Bestehen. Altbundeskanzler Gerhard Schröder riet in einer launigen Rede den Genossen, sie sollten sich hinter dem Vorsitzenden versammeln und ihn nicht alleine vorwärts gehen lassen. Auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft warb für Geschlossenheit, Zuversicht und Tatkraft. Die Landesgruppe NRW ist mit 52 Abgeordneten die größte ihrer Art innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion.



Tag des Peacekeepers

Wenn der Bundestag über die Beteiligung an Friedensmissionen debattiert, geht es oft um Soldaten, um Tornados oder Marineschiffe. Doch wir senden auch Zivilisten und Polizisten in Friedenseinsätze, für die über eine eigene Agentur, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), geworben wird. Im Auswärtigen Amt wurden jetzt am Tag des Peacekeepers drei zivile Friedenskräfte von Frank-Walter Steinmeier geehrt, gemeinsam mit drei Soldaten und drei Polizisten, die ebenfalls in Krisenländern, u.a. in Mali, im Einsatz waren.



Integration fördern und fordern

- Mit dem geplanten **Integrationsgesetz** sollen erstmals verbindliche Regeln für eine erfolgreiche Integration bei uns festgehalten werden. Es ist nicht das von der SPD seit langem geforderte Einwanderungsgesetz, aber es enthält gute Ansätze. Die aktive Beteiligung an Angeboten ist Pflicht, gefördert werden Spracherwerb und eine rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Unter anderem legt der Bund ein Arbeitsmarktprogramm für 100.000 zusätzliche gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende auf. Für die Gesamtdauer der Ausbildung gibt es eine Duldung im Aufenthaltsstatus. Wer nach der Ausbildung eine Beschäftigung bekommt, erhält ein Aufenthaltsrecht für weitere zwei Jahre. Für anerkannte Flüchtlinge wird es eine befristete Zuweisung des Wohnorts geben. Das ermöglicht den Ländern, die Verteilung besser zu steuern. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat auf Betreiben der SPD beschlossen, Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen künftig besser zu bezahlen. Eine Mindestvergütung von 35 Euro ist vorgesehen.

Mehr Sicherheit in Heimen geplant

- Bewachungsfirmen und die dort Beschäftigten müssen künftig eine Prüfung ablegen und ihre Sachkunde nachweisen. Das sieht ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung vor. Damit wird auf Vorfälle und Übergriffe bei der Bewachung von Flüchtlingsheimen reagiert. Die Prüfung soll von den Industrie- und Handelskammern abgenommen werden. Prüfungsthemen sind Sicherheit und Ordnung, aber auch Vorschriften zur Verhütung von Unfällen und der sensible Umgang mit Menschen.
- Maßnahmen, um die öffentliche Sicherheit zu erhöhen und das Gefühl von Sicherheit zu bieten, ist ein wichtiges Thema auch für die SPD. Auf dem Parteikonvent am Sonntag liegt dazu ein entsprechender Antrag vor, wie auch ein umfangreicher Antrag zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

BBS II zu Gast in Berlin

Eine Stunde lang konnte ich mit einer Klasse der BBS II aus Delmenhorst spannende Politikthemen dis-



kuтировать. Die Jugendlichen interessierten sich vor allem für die infrastrukturelle Situation in der Delmenhorster Innenstadt. Sie beklagen zu Recht, dass es zu wenig attraktive Anlaufstellen für Jugendliche in der City gibt. Auch die Frage, welche Bedeutung nachhaltig produzierte Güter wie Kleidung und Lebensmittel für fairen Handel haben sollten, haben wir diskutiert.

Landesgruppe trifft K+S

- Bei einem Treffen der Landesgruppe Niedersachsen mit Vertretern von K+S zur Weserverzalzung wurden alternative technische Maßnahmen besprochen, die anstelle einer politisch nicht tragbaren Pipelinelösung machbar und wünschenswert sind. Wichtig ist die Vermeidung von Salzabfällen am Produktionsort, der ökologische Schutz und der Erhalt von Arbeitsplätzen. Das von den grünen Weser-Ministern beschlossene Paket zur Salzreduzierung wird kritisiert.

- Am 27. Juni 2016 um 18.30 Uhr kommt **Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks**, zur einer Podiumsdiskussion in die Markthalle nach **Delmenhorst**. Wir werden mit ihr über Stadtentwicklung und sozialen Wohnungsbau in der Stadt und im ländlichen Raum diskutieren und die Möglichkeiten der Städtebauförderung erörtern. Bitte vormerken!

Ich freue mich über rege Beteiligung.

Termine – eine Auswahl:

04.06. 10.-13.00 Uhr Sitzung des Bezirksvorstands in Oldenburg,

05.06. Parteikonvent Berlin. Am 06. Juni beginnt die nächste Sitzungswoche des Bundestags